

VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MARIA CHRISTIAN

LUCAS SCHRAMM

15.05.2017

www.kas.de/bruessel

„Weißbuch, Rom-Deklaration und die Zukunftsperspektiven der EU“

11. Mai 2017 | 18.30 Uhr

Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wohin steuert die Europäische Union angesichts der Vielzahl interner und externer Herausforderungen? Welche Antworten hat sie auf Finanz-, Wirtschafts- und Migrationskrise, auf die anhaltende Terrorgefahr und auf die nun beginnenden Brexit-Verhandlungen? Wie wird die EU im Jahr 2025 aussehen? Diese und ähnliche Fragen adressierte Prof. Dr. Christian Calliess, Rechtsberater des European Political Strategy Centre (EPSC), dem In-House Think Tank des Präsidenten der Europäischen Kommission, in einem Abendvortrag am Donnerstag, dem 11. Mai 2017, im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Prof. Christian Calliess bezeichnete die am 25. März 2017 von den Staats- und Regierungschefs der EU-27 unterzeichnete „Römische Erklärung“ sowohl als einen „Akt der Selbstvergewisserung“ („Wo kommen wir her?“) als auch als ein „Aufbruchssignal“ („Wo wollen wir hin?“). Die durch diverse Erweiterungsrounds in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht heterogener gewordene EU sei vielfach nur unzureichend auf die aktuelle „Polykrise“ vorbereitet gewesen. Hinzu komme, dass der Konsens über das gemeinsame europäische Interesse und über die Aufgaben der EU unter den Mitgliedsstaaten und den Bürgern erodiert sei. Mögliche Reformen oder gar Änderungen der Europäischen Verträge erschienen daher aktuell politisch kaum durchsetzbar; dabei habe gerade eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion großes Potential, da die Mitgliedsstaaten in diesen Bereichen auf eine stärkere, grenzüberschreitende Zusammenarbeit angewiesen seien.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission am 1. März 2017 ein Weißbuch vorgelegt, in dem sie – so Prof. Calliess – bewusst auf eine konkrete und ausformulierte „Roadmap“ verzichtet und stattdessen fünf Zukunftsszenarien zur Diskussion gestellt habe. Während dieses von der Kommission angestoßenen „Reflektionsprozesses“ sollen sich nationale Regierungen, Parlamente und Bürger über den einzuschlagenden europäischen Weg Klarheit verschaffen. In Zeiten, in denen auf nationaler Ebene der Mehrwert der EU als Selbstverständlichkeit hingenommen und kaum noch erklärt wird, bedarf es einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Erst auf dieser Basis kann die Kommission, im Dialog mit den Mitgliedsstaaten und ihren Bürgern, ein Konzept für die Reform der EU vorschlagen.

Schließlich richtete Prof. Calliess seine Ausführungen auf die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Weitreichende Forderungen einzelner europäischer Politiker nach einem europäischen Finanzminister, einem Haushalt für die Eurozone oder gar nach Eurobonds bedürften einer Vertragsänderung – mindestens aber eines völkerrechtlichen Vertrages außerhalb des EU-Regelwerkes –, welche politisch derzeit kaum realistisch seien. Die EU und insbesondere die Eurozone sollten stattdessen ihren Fokus in einem ersten Schritt darauf legen, die Glaubwürdigkeit ihrer bereits vorhandenen Instrumente (Stabilitäts- und Wachstumspakt, Europäisches Semester und Fiskalvertrag) zu verbessern und diese unter dem Leitgedanken einer nachhaltigen, generationengerechten Haushaltsführung neu auszurichten. Da der Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion an ein Mindestmaß an Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten geknüpft sei, müssten sich Reformen an deren Kernprinzipien Stabilität,

EUROPABÜRO BRÜSSEL
DR. HARDY OSTRY
MARIA CHRISTIAN
LUCAS SCHRAMM

15.05.2017

www.kas.de/bruessel

Solidarität und Konditionalität sowie Subsidiarität und Demokratie orientieren und diese im Rahmen jeder Maßnahme in einen Ausgleich bringen. Durch einen effizienteren Einsatz finanzieller Mittel (z.B. die Neuausrichtung der Strukturfonds auf strukturelle Reformen und politische Prioritäten) könne man durchaus Anreize schaffen für einzelne Staaten; diese aber müssten stets mit einer institutionellen Kontrolle und dem Einhalten gemeinsam vereinbarter Regeln einhergehen.

In der sich anschließenden Diskussion mit den Teilnehmern wurden die von Prof. Callies entworfenen Perspektiven und Ansätze vertiefend erörtert. Übereinstimmend wurde argumentiert, dass das europäische „Gründungs-Narrativ“ der Vermeidung eines erneuten Krieges unter europäischen Staaten gut 70 Jahre nach Kriegsende gerade für die jüngeren Generationen keine ausreichende Legitimation mehr darstelle. Aufgabe europäischer Politiker sei es, neue und überzeugende Gründe für eine fortschreitende Integration darzulegen: Die europäische Integration dürfe kein Selbstzweck sein; vielmehr gehe es um die Vollendung und Optimierung der Zusammenarbeit in einzelnen Politikfeldern, die sich besser und effizienter auf supranationaler Ebene regeln ließen.